06 2004

Hegemonie und das Paradox von privat und öffentlich

Alex Demirovic

1. Gemeinhin werden das Öffentliche und das Private als zwei essenzialistisch bestimmbare, getrennte Bereiche der modernen Gesellschaft begriffen. Dafür gibt es sachliche Anhaltspunkte. Erstens die Trennung von Haushalt und Betrieb, die Max Weber zufolge als ein zentrales Merkmal der okzidentalen Rationalisierung gelten kann. Durch eine solche Trennung wird der Mann zum bestimmenden Oberhaupt der Familie, die er versorgt und im Geschäftsleben repräsentiert. Demgegenüber übernimmt die Frau unter der Leitung des Mannes die Aufgaben des Hauses, also Haushaltsführung, Kindererziehung, Überwachung des Hauspersonals, Repräsentation: sie muss sparsam, ordentlich und fleißig sein, gleichzeitig aber auch schön, sensibel, liebevoll, geschmackvoll und gebildet. Denn der Haushalt kann auch zum Ort der öffentlichen Meinungsbildung und ästhetischen Diskussion werden. Hier treffen sich die Bürgerinnen und Bürger und verständigen sich über Kleidung, Erziehung, Gewohnheiten, Geschmack, Sittlichkeit, wie sie für die Erhaltung der Lebensverhältnisse ihrer Klasse notwendig sind. Sie beobachten sich wechselseitig in ihren privaten Verfehlungen und

Katastrophen und sanktionieren diese, wenn sie bestandsgefährlich werden.

Zweitens die Trennung der Ökonomie von der Politik. In diesem Fall umfasst das Private sowohl den Haushalt wie das Unternehmen. Das Unternehmen, die Fabrik und das Büro sind der privaten Herrschaft der Kapitaleigentümer unterworfen. Obwohl es sich faktisch um öffentliche Räume handelt, wo die Individuen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und miteinander kommunizieren, sich in die gesellschaftliche Arbeitsteilung eingliedern und in eine globale Vergesellschaftungsform eintreten, die Anerkennung für ihre Kompetenzen finden und ihre Subsistenz sichern, gilt dies alles nicht als öffentlich. Allein Politik und Staat werden als öffentliche Sphäre angesehen. In der öffentlichen Sphäre treffen sich die Besitzbürger. In den Cafés und Gaststätten tauschen sie sich aus und beweisen im öffentlich geführten Gespräch ihre vernünftige Urteilskraft. In Diskussionen über Zeitungsartikel beurteilen sie Literatur, die Politik der Regierung, die Gesetze, die für sie gelten, und erheben mit ihrer kritischen Diskussion den Anspruch, auf diese Einfluss zu nehmen. Die öffentlichen Diskussionen und Medien sind in der vordemokratischen Phase der bürgerlichen Herrschaft der Ort der Demokratie und erheben den Anspruch, den demokratischen Volkssouverän gegen den Staat zu verkörpern. Denn in den Medien verständigen sich die Bürger über ihre ökonomischen und politischen Interessen und bringen Einwände oder Vorschläge vor. Journalisten waren diejenigen Akteure, die, solange es keine politischen Parteien, kein regelmäßig tagendes Parlament und keine Berufspolitiker gab, Politik als eigenständige Handlungssphäre auf Dauer stellten und damit auch die staatliche Verwaltung kontrollierten.

Der Haushalt und die Familie unterscheiden sich also von einem Bereich privater ökonomischer Interessen, der die Bourgeoisie und die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Zusammenhang globaler gesellschaftlicher Verhältnisse stellt. Die Familie unterscheidet sich aber auch von der öffentlichen Sphäre als politisch-staatlichem Bereich der kollektiven Willensbildung und der kollektiv bindenden Entscheidung, auf die die Citoyens durch kritische und rationale Argumente Einfluss nehmen müssen und können. Bei genauerer Betrachtung erweitern sich das Private und das Öffentliche in vier Bereiche: den familiären Haushalt, den Betrieb, die Sphäre der durch Parteien und Kulturindustrie organisierten öffentlichen Meinung und schließlich staatliche Verwaltung und Politik.

Der Haushalt ist im Vergleich zu den drei anderen der am wenigsten öffentliche Bereich; und doch ist auch er nicht privat, sondern der Logik der anderen Bereiche unterworfen. Dies gilt vor allem hinsichtlich der ökonomischen, öffentlichen und staatlichen Interessen an der generativen, sozialisatorischen und habituellen Reproduktion des Bürgertums selbst. Der männliche Familienvorstand sah in der Familie die Instanz, die es ihm erlaubte, sein ökonomisches Eigentum zu vererben. Die Frau sollte kontrolliert werden, so dass sicher war, dass die Kinder tatsächlich die des Familienoberhaupts sind. Es war wichtig, dass der Erbe in einer Weise erzogen wurde, die ihn befähigte, den Härten des zukünftigen Arbeitslebens, der Leitung eines Betriebs, der Kontrolle Untergebener und der Lenkung von Frau und Kindern gerecht zu werden. In dieser Hinsicht gab es ein Misstrauen gegenüber der Frau als Erziehungsinstanz, das dazu führte, die Kinder der allgemeinen Schulpflicht zu unterwerfen, die Söhne in Internate zu schicken und sie von klein auf in die männerbündischen Zwänge und kollektiven Gewohnheiten ihrer

Klasse zu sozialisieren. Der Staat überwacht die demografischen Entwicklungen sowie die Verbreitungen von Krankheiten und Todesfällen, er sanktioniert eine normalistische Lebensweise und unterwirft die physischen und psychischen Abweichungen der Überwachung und Ausgrenzung. Die Öffentlichkeit entwickelt ein Interesse an der medizinischen Reinheit und Gesundheit des Blutes oder des Genmaterials, am Gebär- und Zeugungsverhalten der Frau und der Ehepartner wie an den familialen Gesundheitspraktiken, die nicht nur zur Zerstörung der Familien führen, sondern auch zu einer Belastung für das Gemeinwesen werden können. Die Kulturindustrie entwirft weltweit verbreitete Modelle heterosexueller Intimität vom ersten Flirt bis zur Kindererziehung. Diese Modelle schaffen nicht nur eine Bilderwelt, sondern stellen eine kollektive kulturelle Praxis dar, die aus so verschiedenen Elementen wie Kosmetika, Kleidung, Illustrierten, Schönheitswettbewerben, Ernährungsgewohnheiten, Kommunikationsmustern und Sexualpraktiken besteht. Die Paarbeziehung und die Familie sind also bis in die intimsten Praktiken hinein nicht privat, sondern eine öffentlich kontrollierte, überwachte und regulierte Einrichtung.

2. "Privat" und "öffentlich" sind als soziologische Begriffe zu ungenau, um deutlich abgrenzbare Sphären zu bezeichnen. Deswegen schlage ich vor, sie als ein symbolisches Dispositiv zu begreifen, als eine symbolische Ordnung, die eine spezifische Repräsentation des sozialen Raums organisiert. Sie wurde vom Bürgertum als eine der Formen der Hegemonie entwickelt. Das Bürgertum hat es bald nach seiner Entstehung verstanden, sich virtuos in diesem symbolischen Raum zu bewegen und gleichzeitig andere soziale Akteure auszugrenzen.

Öffentlichkeit markiert die Stelle, die aus Meinungen, aus Klatsch und Gerüchten eine sachliche Information, eine begründete Ansicht, ein vernünftiges Urteil werden lässt. Öffentlichkeit, wie sie dann auch von der Presse organisiert wird, stellt einen machtvollen Zugriff auf gesellschaftliche Kommunikation dar, die den Kreis der Hauswirtschaft verlässt und sich unkontrolliert, sprunghaft, diffus verbreitet und zu sozialen Unruhen führen kann. Mit einer Öffentlichkeit lässt sich etwas als eingrenzbare Meinungsäußerung oder Nachricht bezeichnen, der Weg der Verbreitung überblicken und die Herkunft lokalisieren. Es entsteht das Prinzip der Zurechenbarkeit und der Autorschaft, womit eine Information ihrerseits kommodifiziert und verwertet werden kann. Die Öffentlichkeit ist also nicht von außen und nicht nachträglich dem Prozess der Kapitalverwertung und der Kapitalmacht unterworfen worden, sondern ist schon ihrem Prinzip nach ein Modus der Inwertsetzung und Kontrolle gesellschaftlicher Kommunikation. Auf dieser Grundlage kann das angeblich Öffentlichste, die öffentliche Meinungsbildung, zum Privateigentum werden und damit die Art der Interessenartikulation lenken. Zurechenbarkeit und Autorschaft machen die öffentliche Auseinandersetzung und sogar den Rechtsstreit möglich. Eine Nachricht kann man dementieren, ein Gerücht nicht. Nachrichten geben Verhaltenssicherheit und erlauben es, Erwartungen zu bilden und Nutzenkalküle anzustellen. Für langfristig angelegtes ökonomisches und politisches Handeln in einer auf anonymen und unübersichtlichen Märkten beruhenden Ökonomie sind solche stabil gehaltenen, abgesicherten, autorisierten Nachrichten von großer Wichtigkeit. Zunächst schaffen sie für Wirtschaftsakteure Klarheit und Übersichtlichkeit darüber, welche Erwartungen rational und welche Handlungen geboten sind.

Im Bereich der politischen Herrschaft, die Wissen für sich monopolisieren kann, schaffen weiterhin Nachricht und Information ein erhebliches Machtpotenzial. Denn die Herrschaftsunterworfenen wissen nie genau, was alle anderen tun, welche kollektiven Verhaltensweisen sich entwickeln und durchsetzen, und mit welchen politischen Reaktionen und Entscheidungen sie zu rechnen haben. Aus diesem Verhältnis von politischer Herrschaft als Herrschaft durch Wissen resultiert ein spezifisches Muster der bürgerlichen Kritik an Herrschaft. Danach bemisst sich der demokratische Charakter eines Staates daran, ob und wieweit er Wissen zum Zwecke des Machteinsatzes monopolisiert. Seine Macht besteht demnach darin, einen Wissensvorsprung vor den Herrschaftsunterworfenen zu erreichen, sei es durch polizeiliche und geheimdienstliche Überwachung oder durch eine Informationspolitik, die die Bürger desinformiert und deswegen Anlass zu falschen Zukunftserwartungen gibt. Repräsentative Demokratie gilt umgekehrt als ein politischer Koordinationsmechanismus, der staatliches Handeln abhängig macht von der öffentlichen Meinungsbildung.

Wird Öffentlichkeit durch Merkmale wie Nachrichtenwert, Zurechenbarkeit, Autorschaft, Verfahrensförmigkeit, Staatsbezug definiert, dann müssen Gesprächsformen des Haushalts als unnützes Geschwätz, als gefährlicher Klatsch und als Gerücht gelten, auf das man nichts geben darf. Es ist aber wie das, was Taxifahrer erzählen, eine Informationsquelle für die offizielle Meinungs- und Willensbildung, weil man vermutet, dass hier Meinungen ausgesprochen werden, die, obwohl unzivilisiert und irrational, gerade auch deswegen auf tiefer liegende Verhaltensweisen schließen lassen. Es ist der Volksmund, der sich im Karneval, im Kabarett und im Witz zeitlich begrenzt oder sozial diffus konventionalisiert ausdrücken darf und dann gehört wird.

Die Soziologie versucht heute mit aufwendigen qualitativen Verfahren, auch dieser alltäglichen gesellschaftlichen Kommunikation in einer sogenannten zweiten Öffentlichkeit noch habhaft zu werden. Häufig verbindet sich damit die Annahme, dass es hier gefährliche, autoritäre Stimmungslagen gibt, die nicht wirklich öffentlich werden wollen, die aber, würden sie an die Öffentlichkeit gebracht, dem zwanglosen Zwang des Arguments ausgesetzt wären und sich rationalisieren müssten.

3. Folgt man der Logik dieser symbolischen Ordnung, dann stellt man fest, dass sie asymmetrisch angelegt ist. Öffentlichkeit gilt in mancher Hinsicht als besser als das Private. Am Pol der Öffentlichkeit konzentrieren sich Vorstellungen von Freiheit, Demokratie, Rationalität und Universalität, Diskussion, gesellschaftlicher Verkehr, Entscheidung, Willen, Autorität. Diese Eigenschaften werden denjenigen zugerechnet und vorbehalten, die in diesen Teil des symbolischen Raums eintreten, also Männern. Umgekehrt gelten alle diese Eigenschaften nicht für das, was symbolisch als privat markiert wird: eine solche Art der Machtausübung, die den Staat und die Verwaltung nur für private und partikulare Interessen instrumentalisiert und deswegen als irrational, freiheitseinschränkend und undemokratisch betrachtet wird; die korporatistische Kompromissbildung zwischen den großen Verbänden wie Gewerkschaften und Unternehmensverbänden; die Familie und die Frauen. Der Weg der Emanzipation ist vorgezeichnet und soll sich auf der symbolischen Achse vom Privaten zum Öffentlichen bewegen.

Es ist dies die Form, wie in den vergangenen Jahren auch die Emanzipation der Frauen akzeptiert wurde. Frauen treten in den Arbeitsmarkt ein, sie vertreten ihre Interessen öffentlich und

handeln politisch. Gleichzeitig thematisieren sie die engen Grenzen familiärer Privatheit und machen deutlich, dass der symbolische Ort des Privaten selbst politisch erzeugt ist. Er wurde aufgrund von partikularistischen Interessen aus der Öffentlichkeit herausgenommen, und zwar von Männern, die sich die Öffentlichkeit und den Staat als privilegierten Ort vorbehalten und den Frauen und Kindern die Familie als private Sphäre zuweisen. Die Familie war für die Männer der Raum des Rückzugs und der Geborgenheit, in den sie zurückkehrten, wenn sie erschöpft waren, moralische und liebevolle Unterstützung brauchten oder sexuelle Bedürfnisse hatten, und dem sie sich widmeten, wenn sie nach ihren Alltagsgeschäften und neben öffentlichen Diskussionen im Gasthaus, neben Politik oder wichtigem freiwilligen Bürgerengagement in Initiativen und Vereinen noch Zeit hatten.

Gegen die Vorstellung, Emanzipation verliefe historisch und politisch entlang einer Achse, die das Private zunehmend in Öffentlichkeit transformiert, gibt es drei empirische Gesichtspunkte. Erstens hat der Wohlfahrtsstaat sich in den vergangenen Jahrzehnten in einem erheblichen Maße auf frauenspezifische Tätigkeiten gestützt, im öffentlichen Dienst waren und sind in vielen Bereichen Frauen tätig - von der Privatisierung staatlicher Wohlfahrtsfunktionen sind sie häufig nicht nur als Leistungsempfängerinnen, sondern auch als Beschäftigte betroffen. Das staatlich-öffentliche Leben wurde also seit langem schon in einem wichtigen Teil von Frauen geprägt.

Zweitens ist es dem Neoliberalismus gelungen, eine umgekehrte Bewegung von Öffentlichkeit zu Privatisierung in Gang zu setzen. Öffentliche Aufgaben wurden und werden privatisiert. Dieser Privatisierungsprozess wird als Entbürokratisierung und die Zunahme von Initiative, Freiheit, Verantwortung und Partizipation der Bürger begriffen. Dies verändert den Begriff des Privaten, denn

nun werden Allgemeingüter wie öffentlicher Transport, Kommunikation, Bildung, soziale Sicherheit privat erzeugt und zu einem Mittel der Kapitalakkumulation. War es eines der zentralen Ziele der Linken und der Frauenbewegung, das private Leben der Familie und Arkanpraktiken des Staates in öffentliche Alltagspraktiken zu transformieren und den öffentlichen Raum extensiv und intensiv immer weiter auszudehnen, so beobachten wir heute die Gegenreaktion, den Umfang des Bereichs des Staates einzuschränken. Dies verringert auch den Umfang der Themen, über die öffentlich diskutiert wird. Doch wird dies vielfach positiv bewertet.

Drittens gibt es das empirisch beobachtbare Bedürfnis von Frauen wie von Männern nach Privatheit; sie fühlen sich durch beruflichen Leistungsdruck überfordert, ihnen fehlt Freizeit und Erholung, sie fühlen sich einem Konformitätsdruck ausgesetzt, wenn sie sich ständig öffentlich äußern und verhalten oder berufstätig sein sollen. Sie fordern ein Recht darauf, dass der Staat und die Öffentlichkeit nicht in alle privaten Lebensentscheidungen eingreifen.

4. Wichtiger als diese empirischen Einwände ist mir ein systematisches Problem, das mit dem Begriff der Öffentlichkeit zusammenhängt. Nehmen wir hypothetisch einmal an, alle privaten Lebensformen wären durch emanzipatorische Katalyse nun vollständig öffentlich geworden. In diesem Fall hätte die Öffentlichkeit die ständige Kontrolle über jede einzelne Lebensäußerung, denn sämtliche Interessen, Bedürfnisse und Gedanken hätten unmittelbar öffentliche Bedeutung. Öffentlichkeit wäre total. Öffentlichkeit wäre dann sich selbst völlig transparent und ein institutionelles Substitut für das, was in

der Bewusstseinsphilosophie als Identität von Subjekt und Objekt konzipiert war. Realisiert wird ein solches Modell gegenwärtig mit der in mehreren europäischen Ländern veranstalteten Fernsehsendung *Big Brother*. Hier wird das private Leben von zahlreichen Personen, die freiwillig für mehrere Monate in einem Haus zusammenleben, im Fernsehen übertragen. Zu diesem Zweck wird alles, was die Bewohner tun, von Kameras ununterbrochen aufgezeichnet. Privatheit gibt es ausdrücklich nicht.

Bemerkenswert erscheint mir zweierlei. Erstens geht die totale Erfassung des Privaten in eine enorme Banalisierung des auf ständige öffentliche Kommunikation angelegten Zustands über. Das Private ist nun vollständig öffentlich geworden und wird ein uninteressanter Strom von Alltagsereignissen ohne Nachrichtenwert. Da es sich aber um Öffentlichkeit handelt, hat dies zur Konsequenz, dass die Teilnehmer zu öffentlichen Personen und neuartigen Stars der Kulturindustrie werden, der nun nicht mehr einfällt, als den Alltag selbst zu vermarkten. Es kommt zu einer Art informationellem Overkill. Dies hat eine zweite Konsequenz: Öffentlichkeit wird mehr noch als bislang schon als eine Sphäre mit knappen Aufmerksamkeitsressourcen erkannt. In der Folge wird sie in mehrere, hierarchisch aufeinander bezogene Segmente zerlegt, die durch unterschiedliche Formen des Wissensmanagements gekennzeichnet sind. Es handelt sich nicht mehr um öffentliche Kommunikation, in der sich die Bürger und Bürgerinnen mit Argument und Gegenargument engagieren. Entscheidend wird die Möglichkeit und Kompetenz, sich vor Information zu schützen, sie gezielt auszuwählen und jeweils zu entscheiden, was als öffentlich relevante Kommunikation gilt. Diese Selektionspraktiken, also die Möglichkeit, die öffentliche Kommunikation zu verweigern, werden zur Grundlage neuer Machtformen. Denn es gehört zu einer neu sich ausbildenden

Privilegienstruktur, sich öffentlicher Kommunikationszumutung zu entziehen (dem Fernsehen als Freizeitkonsum) und tatsächlich hochselektiv mitzureden, wo Entscheidungen getroffen werden.

Ein ähnliches Phänomen lässt sich im Internet beobachten. Das Internet wird mit Echtzeitinformationen überlastet, eine Kontrolle der Nachrichten durch Redaktionen findet nicht statt, so dass mittlerweile darüber geklagt wird, dass sich ungefiltert jedes Gerücht verbreiten und die Aktienmärkte und die Politik irritieren kann. Gegen diese historische Rückkehr des Gerüchts bilden sich nicht nur kontrollierte Zugangssperren in der Form von Kommunikationsgemeinschaften. Unternehmen versuchen auch systematisch, neue Eigentumsregelungen zu etablieren, die der Kommunikation wieder Autorschaft und Zurechenbarkeit zuweisen und damit auch ihre Verwertbarkeit sichern. Gegen die zu offene und unkontrollierbare Kommunikation werden auch Hochgeschwindigkeitsnetze eingerichtet, deren Zugang technisch und sozial beschränkt, und deren Nutzung teuer ist.

5. Ich will die Paradoxie noch etwas weiter verfolgen, die mit dem Ziel einer Emanzipation durch Öffentlichkeit verbunden ist. Die öffentliche Diskussion soll partikulare Interessen rational koordinieren helfen. Das ist nur so lange nötig, wie es nicht-rationale Interessen und Einstellungen gibt. Wenn schließlich die Rationalisierung der Lebenswelt so weit fortgeschritten ist, dass alle nur noch in universalistischer Weise und öffentlich immer mit Blick auf den verallgemeinerten Anderen handeln würden, dann gäbe es keine Privatheit mehr, es würden keine partikulare Interessen mehr entstehen, die überhaupt noch öffentlich zur Diskussion gestellt werden müssten. Auf diese Weise untergräbt Öffentlichkeit aber ihre eigene Grundlage. Öffentlichkeit ist auf ihr

Gegenteil, das Private und den Partikularismus, auf irrationale Bedürfnisse und Interessenlagen angewiesen. Diejenigen, die mit Öffentlichkeit einen Emanzipationsanspruch verbinden, also in Deutschland insbesondere Jürgen Habermas, sehen das. Da sie Emanzipation nur entlang der symbolischen Achse privat-öffentlich denken, schränken sie notwendig den Begriff der Emanzipation ein und verteidigen die Lebenswelt privater, irrationaler und partikularistischer Praktiken. Das Private darf nicht völlig aufgelöst werden, es muss weiterhin partikularistische private Interessen geben, damit eine Substanz da ist, die weiterhin durch öffentliche Diskussion rationalisiert werden kann. "Die politische Öffentlichkeit kann ihre Funktion, gesamtgesellschaftliche Probleme wahrzunehmen und zu thematisieren, freilich nur in dem Maße erfüllen, wie sie sich aus den Kommunikationszusammenhängen der potentiell Betroffenen bildet" – also aus denjenigen derer, die unter den externalisierten Kosten und internen Störungen von Wirtschafts- und staatlich-politischem System leiden. "Denn die Öffentlichkeit bezieht ihre Impulse aus der privaten Verarbeitung lebensgeschichtlich resonierender gesellschaftlicher Problemlagen." (Habermas 1992, 441f.) Öffentlichkeit wird in der Konsequenz ihrer eigenen Logik so eingegrenzt, dass sie am Ende nur noch eine regulative Idee ist, eine Virtualisierung und Norm, die in der wirklichen Welt nicht wirklich erfolgreich sein darf. Es darf schließlich nicht alles inkludiert werden, es handelt sich nur um die Möglichkeit der Inklusion.

Aus sich heraus, so mein Argument, erzeugt also die Dialektik des Öffentlichkeitsbegriffs das Private hier und die öffentliche, staatlich-politische Sphäre dort. Öffentlichkeit wird von Habermas als ein nachmetaphysischer Begriff eingeführt, gleichzeitig lässt sich am Beispiel dieses Begriffs erkennen, dass und wie die moderne

bürgerliche Gesellschaft Metaphysik doch nicht überwinden kann. Denn wenn Metaphysik Derrida zufolge durch Anwesenheit, Gegenwart und Transparenz gekennzeichnet ist, dann wäre die vollständige Öffentlichkeit die reine Präsenz und Transparenz. Doch gerade das kann Öffentlichkeit nicht sein, ohne sich selbst aufzulösen. Es müsste dann nichts mehr diskutiert werden. Deswegen wird Öffentlichkeit antimetaphysisch als Aufschub begriffen, als ein Prozess, in dem jeder Meinungsbeitrag kritisierbar und von anderen Meinungsäußerungen ablösbar ist. Öffentlichkeit kann niemals zu sich selbst kommen, sondern muss sich aufschieben, sich ständig von sich selbst unterscheiden, differieren durch Meinungskonflikte. Öffentlichkeit darf niemals vollständig öffentlich werden, sondern bedarf immer von neuem des Restes von Herrschaft, von dem sie den Glauben nährt, um die Ecke der nächsten öffentlichen Diskussion wäre er beseitigt; und ebenso bedarf sie des Privaten und entfaltet sich nur durch die vielen privaten Meinungsäußerungen hindurch, die sich jeweils von neuem aufgrund von "gesellschaftlichen Problemlagen" bilden.

Öffentlichkeit muss sich selbst trotz ihres Drangs zur umfassenden Allgemeinheit selbst begrenzen und darauf verzichten, alle gesellschaftlichen Bereiche zu umfassen. Sie muss den Staat wie die Ökonomie, das Öffentliche wie das Private eigensinnig operieren lassen: "Daraus ergibt sich für demokratische Bewegungen, die aus der Zivilgesellschaft hervorgehen, der Verzicht auf jene Aspirationen einer sich im ganzen selbst organisierenden Gesellschaft, die u.a. den marxistischen Vorstellungen der sozialen Revolution zugrunde gelegen haben. Die Zivilgesellschaft kann unmittelbar nur sich selbst transformieren und mittelbar auf die Selbsttransformation des rechtsstaatlich verfassten politischen Systems einwirken. [...] Aber sie tritt nicht an die Stelle eines geschichtsphilosophisch ausgezeichneten Großsubjekts, das die

Gesellschaft im ganzen unter Kontrolle bringen und zugleich legitim für diese handeln sollte." (Habermas 1992, 450) Damit Öffentlichkeit nicht in eine metaphysische Identität übergeht, bedarf sie des Staates und der Ökonomie, unter denen die Individuen so sehr leiden, dass sie etwas öffentlich zu diskutieren haben. Der Preis, den Öffentlichkeit bezahlt, um nicht metaphysisch zu werden, ist das Einverständnis mit fortgesetztem gesellschaftlichen Elend und Leid und dem Aufschub einer Versöhnung.

6. Öffentlichkeit soll, wie Habermas es vorschlägt, als der Gegensatz zu Metaphysik betrachtet werden. Denkt man in dieser Weise darüber nach, klingt es kritisch und emanzipatorisch. Doch der sachlichen Logik nach basiert die in und durch Öffentlichkeit entfaltete "Différance" auf einer enormen Macht, die sich intern, also in der Öffentlichkeit selbst entfaltet.[1] Zwei Argumente möchte ich dafür anführen.

1) Das Argument einer Inklusion durch Öffentlichkeit und öffentliches Argumentieren betrifft die Öffentlichkeit und ihre Mechanismen selbst. Empirisch wird festgestellt, dass es keine einheitliche und umfassende Öffentlichkeit gibt, sondern eine Vielzahl von Öffentlichkeiten. Das ist dem Anspruch nach widersinnig, da damit das Öffentlichkeitsprinzip zerstört wird. Es ist sicher eine interessante Frage, wann ein gesellschaftlicher Kommunikationszusammenhang als öffentlicher gilt; aber davon abgesehen, lassen sich Teilöffentlichkeiten feststellen, die durch bestimmte Lokalitäten, Argumentationsstile, Argumente, Themen, Erscheinungsformen und Handlungsweisen zu charakterisieren wären: also Protest in Form eines Streiks durch Arbeiterinnen und Arbeiter, eine Demonstration vor dem Parlament, ein

Zeitungsartikel in einer Stadtteilzeitung, ein subkulturelles Diskussionstreffen, eine Parlamentsdiskussion oder eine nationale Fernsehsendung über den Bau von Atomkraftwerken. Mir geht es jedoch um etwas anderes, nämlich um die Annahme, dass durch die innere Logik der Öffentlichkeit sich diese Teilöffentlichkeiten immer weiter miteinander verschränken, da Argumente sich verallgemeinern, an Argumente in Teilöffentlichkeiten anschließen und diese damit öffnen würden. Man könnte die Annahme so charakterisieren: Es wäre selbstwidersprüchlich, wenn die Öffentlichkeit, die mit öffentlich vorgebrachten Argumenten einen Anspruch auf Universalität erhebt, selbst bloß partikular bliebe. Am Ende aller öffentlichen Diskussionen muss demnach eine zusammenhängende Öffentlichkeit stehen.

Diese Schlussfolgerung lässt sich empirisch nicht halten, wie ich am Beispiel einer von mir durchgeführten Untersuchung der Berichts- und Argumentationspraxis von 10 deutschen überregionalen Tages- und Wochenzeitungen über etwa neun Jahre hinweg ganz kurz zeigen will (vgl. Demirovic 1997, 165ff.). Die Frage war, wie die deutsche Öffentlichkeit auf die sozialen Protestbewegungen gegen Atomkraftwerke, Flughafenausbau und Nachrüstung reagiert, ob sie die Protestakteure als zum demokratischen Volk öffentlich diskutierender Bürger und Bürgerinnen gehörend betrachtet, ihre Praxisformen des zivilen Ungehorsams als legitime öffentliche Meinungsäußerung ansieht und ihre Themen als öffentliche Argumente anerkennt. Betrachtet man nun, wie die Akteure, also Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen, ihre inhaltlichen Argumente und Forderungen sowie ihr demokratisches Äußerungsverhalten bewertet werden, dann stellt man fest, dass die deutsche Öffentlichkeit in zwei große Blöcke auseinander fällt. Auf der einen Seite gibt es den Block der inklusiven, für Argumente und Partizipation offenen Zeitungen.

Sie lassen während des gesamten Zeitraums der großen sozialen Protestbewegungen die Akteure zu Wort kommen und diskutieren ernsthaft und sachlich die Argumente. Auf der Gegenseite gibt es einen Block von exkludierenden Medien. Für diese Gruppe von überregionalen Tageszeitungen ist charakteristisch, dass sie im Laufe des zunehmenden Protestes, und insbesondere als Reaktion auf die Friedensbewegung, die sich der Nachrüstungspolitik der Nato entgegenstellte, mit öffentlich vorgebrachten Argumenten immer stärker für Ausgrenzungen plädierte und einen Teil der Öffentlichkeit gar nicht als Öffentlichkeit anerkannte. Es gibt also, anders gesprochen, gerade vom Begriff der Öffentlichkeit her, keine Garantie auf Inklusion. Immer wieder muss ein Interesse sich öffentlich zur Geltung bringen, um dann auch in der Öffentlichkeit anerkannt zu sein. Gerade die nachmetaphysische Logik der Différance erzwingt damit, dass alle Interessen immer wieder von neuem durch Meinungskämpfe öffentlich zur Geltung gebracht werden müssen, weil es öffentlich auch immer Gegenmeinungen gibt. Öffentlichkeit ist agonal. In dieser Dynamik entfalten sich aber eine Machtrelation und eine antagonistische Relation: Denn immer wieder von neuem müssen Frauen darum kämpfen, für ihre Forderungen und Interessen einen Platz in der Öffentlichkeit zu finden; immer wieder müssen Individuen gegen Rassismus argumentieren; immer wieder Lohnabhängige für ihre Löhne, Arbeitszeiten und Rechte eintreten. Es bildet sich keine Selbstverständlichkeit. Nun gilt das für alle Interessen, und es ist für die bürgerliche Gesellschaft insgesamt charakteristisch, dass sie ein soziales Verhältnis ist, das sich selbst durch Kritik, Konkurrenz und Konflikt ständig transformiert. In diesem Prozess der Selbsttransformation aber gelten einige Interessenlagen als erhaltenswert und erneuerungswürdig und andere nicht; vor allem aber können einige soziale Gruppen mit dieser Dynamik der

ständigen Transformation besser leben als andere, weil es die Art ihrer Lebensweise ist, von der sie profitieren.

2) Différance ist ein Prozess, der sich in der Zeit entfaltet, entlang der Schrift, der Spur, einer Kette von Signifikanten, von Äußerungen. Die Kommunikationen schließen aneinander an und müssen als solche füreinander erkennbar sein. Kommen sie alle gleichzeitig oder unzusammenhängend zerstreut, dann kann niemand dem anderen mehr zuhören und antworten. Öffentlichkeit verlangt nach Ordnung, die die Kommunikationen organisiert, nach Verfahren, die regeln, wann und wo gesprochen wird, wer spricht und wer zuhört, welches Gewicht das Wort des Redners aufgrund seiner institutionellen Sprecherposition hat, in welcher Abfolge die Sprechakte erfolgen und schließlich, in welche Handlungen das Wort einmünden soll. Öffentlichkeit ist also ein institutionell vielfältig gegliederter Raum. In ihm entfaltet sich Zeit und Macht. Es sind besondere Personen, die das Privileg wahrnehmen zu sprechen, die dafür die kollektiv zur Verfügung stehende Zeit und den Raum in Anspruch nehmen und damit gleichzeitig für andere unzugänglich machen. Diese müssen zuhören, sie sind Publikum. Die Rolle des Sprechers im öffentlichen Raum ist institutionalisiert, es handelt sich um Intellektuelle. Und mit Intellektuellen ist wie mit Politikern das Problem der Repräsentation verbunden. Sie sprechen für andere, für eine Allgemeinheit. Wenn sie einmal oder zweimal erfolgreich öffentlich gesprochen haben, dann haftet ihrem Wort die Reputation oder das Charisma an, dass sie für die Allgemeinheit sprechen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ist ihnen sicher. Es gibt die allgemeine Vermutung und Erwartung, dass der Intellektuelle, ausgewiesen durch den Ort seiner Rede und durch die Verfahren, die ihn an diesen Ort geführt haben, auch weiterhin für die Allgemeinheit sprechen wird. Der Intellektuelle wiederum

erwartet diese Erwartung und beansprucht, diese durch seine Meinungsäußerung zu erfüllen. Wenn es gelingt, dann lässt sich dies nie vollständig prüfen. Denn die Rolle des Publikums ist ganz allgemein, wie Habermas erläutert, auf Ja-Nein-Stellungnahmen festgelegt, es ist in seiner Kommunikation also auf das Minimum begrenzt. Wenn die Kommunikation misslingt und viele Individuen aus dem Publikum sich nicht repräsentiert fühlen, dann ist das gleichfalls nicht korrigierbar. Der Redner muss dies gar nicht zur Kenntnis nehmen, denn er wird immer jemanden finden, der ihm zustimmt und seine Situationsdeutung teilt. Schließlich kann der öffentliche Redner vieles behaupten. Alle anderen sind nur Einzelne und Private, er aber tritt öffentlich auf und bewegt sich damit im Medium des Allgemeinen. Häufig wissen die einzelnen Privatpersonen nicht einmal, dass gerade über ihre Interessen gesprochen wird und dass sie Objekte der Repräsentation sind; und bis sie sich mit öffentlichen Argumenten und Revisionsforderungen wehren können, ist es schon zu spät, denn die Entscheidungen sind gefallen und einige haben den Nutzen gezogen. Öffentlichkeit stützt sich auf eine informelle Art der Repräsentation, diese erlaubt immer die Bildung von Macht und entmündigt jeweils die große Mehrheit. Denn die Mehrheit hat aufgrund der Arbeitsteilung nicht das Savoir-faire, die Funktion des repräsentativen, öffentlichen Intellektuellen, des Journalisten und Politikers wahrzunehmen (vgl. Bourdieu 1992, 174ff.).

7. Die in der Öffentlichkeit als Raum der öffentlichen Diskussion schon implizierte Macht wird noch dadurch gesteigert, dass Öffentlichkeit im allgemeinen Verständnis auch den Bereich der Politik und des staatlichen Handelns einschließt. Politisches Handeln erfolgt unter Bedingungen knapper Zeit. Dies schafft

eigene Zwänge. Am Beispiel der Theorieentwicklung von Habermas lässt sich das nachvollziehen. Habermas hatte zunächst die Vorstellung, dass die Öffentlichkeit ein Raum der herrschaftsfreien Kommunikation sei, in dem die Bürger ohne unmittelbaren Handlungszwang über Entscheidungen räsonieren und nach der Abwägung aller Argumente zu einem gemeinsamen Beschluss gelangen. Doch dann müsste über zu vieles gleichzeitig kommuniziert werden. Deswegen schränken Verfahren die Kommunikation sozial, sachlich und zeitlich ein: Nicht alle reden endlos über alles. Öffentliche Kommunikation muss entlastet werden, indem sie nur der Möglichkeit nach über alles zu sprechen erlaubt, doch vieles, was entschieden ist, einfach bis auf weiteres als Hintergrundkonsens gelten lässt. Da Kommunikation zu komplex würde, hat die moderne Gesellschaft politisch-administratives Handeln ausdifferenziert, das die Kommunikation von Entscheidungen entlastet. Dies schränkt Öffentlichkeit aber noch weiter ein. Denn die Öffentlichkeit als Sphäre demokratischer Selbstverständigung der Bürger wird nun zwischen die Lebenswelt privat-familialer Interessen auf der einen Seite und die staatliche Administration auf der anderen Seite eingespannt. Die öffentliche Diskussion ist eine solche, die sich auf eine Beeinflussung allein des Gesetzgebungsprozesses beschränkt, der wiederum staatliches Handeln programmiert. Dies kann auch einschränkend formuliert werden: Nur die öffentlichen Kommunikationsbeiträge, die auf den offiziellen Politikprozess einer modernen, repräsentativ verfassten Gesellschaft zielen, können als öffentlich begriffen werden. Alles andere fällt wieder in den Bereich des Privaten zurück. Letztlich, durch eine rekursive Schleife, definiert also indirekt der Staat, was als öffentliche Diskussion gelten kann.

Der Staat definiert aber auch noch in einer weiteren Hinsicht die öffentliche Kommunikation. Denn der Staat ist die Sphäre des

politischen Entscheidens. Nicht alles, was entschieden wird, ist das Ergebnis vorangegangener Kommunikation. Vielmehr muss Politik auf neue Herausforderungen reagieren: auf die Entwicklung der Ölpreise, eine Umweltkatastrophe, die Währungsspekulation oder auch auf Entscheidungen in internationalen Gremien. In allen diesen Fällen wird vom Parlament verlangt, Entscheidungen der Regierung zuzustimmen. Die Öffentlichkeit kann dann das politische Handeln nachträglich kritisieren. Aber das ist ohne Konsequenz. Der Staat hat Zeit gewonnen und Fakten geschaffen. Die Möglichkeit, die sich mit dem Begriff der Öffentlichkeit verbindet, nämlich virtuell alles noch einmal zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion zu machen, leidet grundsätzlich also an einer unaufhebbaren Ungleichzeitigkeit: dass die öffentliche Diskussion immer zu spät kommt.

8. Die hier vorgestellte These ist, dass die symbolische Achse öffentlich und privat als eine Form bürgerlicher Hegemonie zu begreifen ist. Was als öffentlich und privat gilt, wird vom Staat definiert - vom Staat, der als gesellschaftliches Kräfteverhältnis zu begreifen ist, mit dem ein Teil der herrschenden Kräfte sich in einem selbstbezüglichen Akt den Charakter des Öffentlichen gibt. Damit ist ein symbolischer Raum geschaffen, der das soziale Handeln mit Blick auf den Staat und seine möglichen Entscheidungen organisiert, das Handeln damit zu einer gewissen Beweglichkeit und Dynamik nötigt, es in Widersprüche und Paradoxien verwickelt. Aus sich heraus erzeugt Öffentlichkeit sowohl die Notwendigkeit von Privatheit als auch von Staat, und damit das Gegenteil dessen, was sie beansprucht. Es sind diese Paradoxien, mit denen die Linke und die Frauenbewegung sowie alle diejenigen konfrontiert wurden, die in den vergangenen Jahrzehnten gefordert haben, das Private in Öffentlichkeit zu

transformieren. Privat und öffentlich haben keine stabile Bedeutung und verlangen deswegen eine enorme Beweglichkeit. Meine These ist, dass öffentlich und privat ähnlich wie links und rechts oder Regierung und Opposition symbolische Einteilungen und Begrenzungen von sozialen Praktiken sind, die in einem Raum stattfinden, den ich trotz aller Missverständnisse, die das in den vergangenen Jahren hervorgerufen hat, im Anschluss an Gramsci als Zivilgesellschaft (società civile) bezeichnen will. Das ist der weitgespannte Bereich der kulturellen Organisation einer Gesellschaft, der als privat gilt – wie ja auch Zeitungen und Fernsehen häufig Privateigentum sind –, den Gramsci aber als Erweiterung des Staates betrachtet, weil eben der Staat die Unterscheidung von privat und öffentlich festlegt und vollzieht. Während der Staat im engeren Sinn aus dem Gewaltapparat, Regierung und Verwaltung, besteht, ist die Zivilgesellschaft ein Bereich, in dem sich umfassende soziale Parteien bilden und ihre Interessen durch politische Bündnisse verallgemeinern und ihre partikulare Weltsicht anderen aufzuherrschen versuchen. Hier werden in alltäglichen Konflikten die Kräfteverhältnisse geschaffen, die den Akteuren das besondere Wissen davon vermitteln, dass sie sich von einem Staat lenken und regieren lassen sollen. Die Zivilgesellschaft ist demnach die Grundlage des Staates, insofern hier die Alltagspraktiken und Einstellungen erzeugt werden, die der staatlichen Regierung und Gewaltanwendung Kontinuität verleihen. Es ist ein Bereich, der ein komplex gegliedertes Kräfteverhältnis zwischen den sozialen Klassen und Geschlechtern darstellt und vieles umfasst: die Zeitschriften und Zeitungen, Straßennamen, Bibliotheken und Verlage, bewaffnete Gruppierungen und Sicherheitsdienste, politische Zirkel und Galerien, Bildungszirkel und Akademien, Beratungsstellen und Therapieeinrichtungen, Werbung und Kinos, Diskotheken und Fitness-Studios, Verbrauchergruppen und

Nichtregierungsorganisationen, Subkulturen und Vereine. In allen diesen Bereichen kämpfen die Individuen und sozialen Gruppen jeweils um kollektive Lebensgewohnheiten und die Art der Routine, die auf dem stillschweigenden alltäglichen Konsens der Menschen beruht und eine der grundlegenden Bedingungen für die Aufrechterhaltung von Herrschaft ist. Öffentlichkeit ist ein soziologisch zu ungenauer Begriff, um diesen Komplex der Zivilgesellschaft theoretisch zu begreifen, er ist lediglich ein Schema, das Kräftekonstellationen abbilden kann. Die Achse privat-öffentlich zeigt an, dass sich die Konsensgrundlagen des politischen Staates verschieben und die kollektiven Gewohnheiten ändern. So gesehen kann es in der Politik wichtig sein, darum zu kämpfen, dass ein soziales Verhältnis als öffentliches anerkannt wird, aber es handelt sich dann um ein Mittel der Emanzipation, nicht schon um das Ziel. Dieses Mittel selbst kann kontraproduktiv werden, weil es sowohl neue Etatisierungs- wie Privatisierungsschübe initiiert.

9. Der Begriff der Öffentlichkeit ist ein Versuch, Konsens und demokratische Prozesse der Willensbildung verständlich zu machen. Die Hegemonietheorie verhält sich zum Begriff der Öffentlichkeit in gewisser Weise metatheoretisch. Denn zum einen thematisiert auch sie die Prozesse der Konsensbildung; und Konsens wird in der Tat auch in der Form öffentlicher Diskussionen und Argumente ausgearbeitet. Darüber hinaus jedoch wird auch versucht, die Logik des Öffentlichen und der Unterscheidung von privat und öffentlich selbst noch im Rahmen der Zivilgesellschaft verständlich zu machen. Die Unterscheidung von öffentlich und privat stellt sich aus diesem Blickwinkel betrachtet als eine Regierungstechnologie dar, die als solche schon einen Konsens erzeugt, einen Konsens, der die Individuen und

sozialen Gruppen dazu verhält, sich als Private oder Öffentliche von sich selbst zu unterscheiden. Sie müssen eintreten in einen Konflikt mit sich selbst, in dem sie kritisch sich zum Gegenstand einer Befragung machen, ob sie lediglich partikular oder auch allgemein sind. Ständig bewegen sich die Individuen in diesem Zweifel hin und her und sind immer gefangen. Äußern sie sich öffentlich, müssen sie Kritik antizipieren, dass ihr Interesse, ihre Sicht der Dinge nicht legitim, nicht allgemein ist. Doch nur privat existieren geht auch nicht. Sie unterstehen dem Selbstzwang, öffentlich sprechen zu sollen. Dies gilt als Zeichen von Autonomie, zu der überall erzogen, die überall eingefordert wird, während doch gerade die oben beschriebenen Mechanismen der Öffentlichkeit daran arbeiten, dass die Individuen nicht sprechen werden oder ihre öffentlichen Äußerungen wertlos und sinnlos werden. Werden sie zu öffentlichen Personen, nimmt dies für die Individuen alsbald zerstörerische Züge an. Die ständige öffentliche Aufmerksamkeit zerstört die Sphäre des Privaten und erzeugt ein solches Maß an Anerkennung, das jenseits dessen ist, was das Individuum noch in eine sinnvolle Beziehung zu seinem Tun bringen kann. Die Macht der Öffentlichkeit selbst wirkt zerstörerisch. So kommt es zu einer letzten Dialektik: das Private verurteilt die Menschen dazu, sich im Grenzfall in die sinnlose Kette der bloß biologischen Reproduktion der Gattung einzuordnen; das Öffentliche traumatisiert die Individuen, weil sie sich als solche schon für das Allgemeine halten und in ein narzisstisches Verhältnis zu sich selbst gesetzt werden. Anstatt also die emanzipatorische Phantasie auf die öffentliche Kommunikation zu begrenzen, wäre nach neuen Formen des die Individuen assoziierenden Sprechens zu suchen.

Literatur:

Bourdieu, Pierre (1992): Rede und Antwort, Frankfurt am Main
Demirovic, Alex (1997): Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster
Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung, Frankfurt am Main

---

[1] Der Begriff der Différance geht auf Jacques Derrida zurück. Er will damit auf die besondere Bedeutung des Spiels der Signifikanten und der Schrift gegenüber dem Sprechen, dem Logos hinweisen. Kritisch wendet er sich damit gegen die metaphysische Tradition, die in der Schrift nur ein Zeichen, nur ein Auszeichnen des ausgesprochenen Gedankens sieht. Das Sprechen meint Präsenz, Anwesenheit, reine Gegenwart. Demgegenüber ist die Schrift durch den Aufschub gekennzeichnet, die Bedeutung entsteht nur durch immer neue Signifikanten, die sich von den vorherigen unterscheiden. Die Bedeutung wird also nicht durch die Schrift zum Ausdruck gebracht, sondern durch das Spiel der Signifikanten konstruiert. Der kleine Schreibfehler in Différance, der ein "e" durch ein "a" ersetzt, macht deutlich, dass erst durch die Schrift, nicht durch das Sprechen eine Differenz entsteht und ein Aufschub bewirkt wird. Denn die Bedeutung dieses "a" muss selbst wiederum erläutert werden. Mit großen Einschränkungen gesagt, meint Derrida mit Différance etwas Ähnliches wie Adorno mit Vermittlung: ein Moment zeitlicher Verzögerung, eine komplexe Struktur, ein Sachverhalt, der sich nicht im direkten Zugriff haben lässt. Vermittlung ist allerdings bei Hegel in eine Teleologie des Systemgedankens eingefügt, gegen die sich Derrida mit dem Begriff der Différance gerade wehrt. Das Differieren der Schrift wird der Geschlossenheit des Systems ebenso entgegengestellt wie bei Adorno die Differenz. - Aus dem Blickwinkel einer kritischen Demokratietheorie werden aber auch

Schwächen des Différance-Begriffs deutlich. Denn der Aufschub, der durch immer neue öffentliche Diskussionen und durch die Bildung immer neuer Minderheiten entsteht, hat neben der antimetaphysischen auch eine durchaus antiemanzipatorische Bedeutung, nämlich zu verhindern, die grundlegenden Verhältnisse der Gesellschaft zu verändern.